

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **37 (1957-1958)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bekämpfung der Teuerung

Die Lage auf dem *Kapitalmarkt* scheint sich zur Zeit einigermaßen stabilisiert zu haben. Die Zinssätze richten sich im allgemeinen kaum mehr weiter in die Höhe. Außerdem ist auch das Preisgefüge im letzten Monat ohne besondere Bewegung geblieben, so daß wenigstens vorübergehend die Möglichkeit in Aussicht steht, die Lebenskosten, mit geringen Abweichungen, auf ihrem heutigen Stand zu halten. Der Mietpreisaufschlag, der zum 1. April 1958 in der Höhe von 5% der Vorkriegsmieten in Kraft tritt, ist wohl nicht geeignet, eine größere Bewegung nach sich zu ziehen. Auch dürfte das Sinken der Preise für verschiedene Rohstoffe sich allmählich auswirken und dazu beitragen, das Preisniveau stabil zu halten. Sofern also nicht unerwartete Ereignisse eintreten, kann davon ausgegangen werden, daß die Maßnahmen, welche der Bundesrat zusammen mit der Nationalbank eingeleitet hatte, einen vorläufigen Erfolg gezeitigt haben. Die Überkonjunktur, wie sie sich hauptsächlich auf dem Bausektor bemerkbar gemacht hatte, ist durch diese Maßnahmen, in Verbindung mit der allgemeinen Entwicklung, deutlich gedämpft worden.

Angesichts dieser Lage wird begreiflicherweise in vermehrtem Maße nach dem Abbau der bisher eingeleiteten Maßnahmen gerufen, und der Bundesrat steht zur Zeit zweifellos vor der schweren Entscheidung, ob er die Einschränkungen weiter fortsetzen oder eine gewisse Lockerung eintreten lassen soll. Die Diskussion über diese Alternativen ist lebhaft, und es macht bereits den Anschein, als ob die Einflüsse, die nach einer Lockerung rufen, verstärktes Gewicht erhalten sollten. Bekanntlich sind die Einschränkungsmaßnahmen nicht allein von seiten der parlamentarischen Opposition, also vornehmlich von seiten der Sozialdemokraten, unablässig kritisiert worden. Die Kritik war beispielsweise ebenso scharf von seiten des Gewerbes, weil im Zuge der Kreditrestriktionen zahlreiche kleinere Betriebe sich Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung ausgesetzt sahen. Es ist indessen zu hoffen, daß die Lockerungen, sofern solche vorgesehen sind, mit der nötigen Zurückhaltung eingeleitet werden, damit der bis jetzt erzielte relative Erfolg nicht schon wieder gefährdet wird.

Daß im übrigen der Wille besteht, mit der Stabilisierung der Preise nach Möglichkeit ernst zu machen, ist durch den erfreulichen Entschluß verschiedener Verbände und Firmen der *Baustoffindustrie* bekräftigt worden, der dahin geht, daß diese Firmen und Verbände das Stillhalteversprechen, das sie am 1. Mai 1957 abgegeben haben, von sich aus um ein Jahr verlängern, daß sie also während des ganzen Jahres 1958 keine Preiserhöhungen durchführen werden. Die Mitteilung betont, daß diese Verlängerung wie die Abgabe des Stillhalteversprechens vom 1. Mai 1957 aus dem Bestreben erfolgt, die eidgenössischen Behörden in ihren Bemühungen zur Beschränkung von Preisauf-

triebstendenzen und damit der Gefahr inflatorischer Entwicklungen in der Wirtschaft wirksam zu unterstützen. Die Mitteilung wird mit dem Ausdruck der Hoffnung abgeschlossen, daß die freiwillige Preisstopaktion nicht auf die Baustoffindustrie beschränkt bleibe, sondern daß sich auch andere Industriegruppen diesem Vorgehen anschließen werden. Unterzeichnet ist die Erklärung von den Zementfabriken, der Gipsindustrie, den Kalkfabriken und den Leichtbauplattenfabrikanten. Es ist erfreulich, feststellen zu können, wie durch diese privatwirtschaftliche Initiative die Bestrebungen der amtlichen Stellen auf Stabilisierung der Preise unterstützt werden.

Daß die Teuerung gerade in den Kreisen der Arbeiterschaft auf heftige Kritik stößt, ist begreiflich. So ist es denn verständlich, wenn von dieser Seite scharfe Abwehrmaßnahmen gegen eine so gefährliche Entwicklung erwogen werden. In der «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterzeitung» ist nicht zu Unrecht erklärt worden, kaum sei eine neue Lohnvereinbarung unter Dach, so beginne bereits von der Preisseite her der Abbau des Errungenen. Folglich sei, so fährt das Blatt fort, der Kampf um bessere Lohnbedingungen und für einen höheren Lebensstandard von seiten der Gewerkschaften nicht nur von der Lohnseite, sondern auch von der Preisseite her zu führen.

Aus dieser Überlegung hat sich nun ein etwas seltsames Bild entwickelt, das in die Richtung auf eine *private Preiskontrolle durch die Gewerkschaften* weist. So soll in jeder größeren Stadt eine Gruppe von Vertrauensleuten aufgestellt werden, welche die Entwicklung bestimmter Preise zu überwachen und über ungehörige oder auffällige Preisaufschläge an eine zentrale Auswertungsstelle zu berichten hätte. Zu dieser Kontrollaktion werden vor allem die Hausfrauen aufgerufen. Zweck solcher Untersuchungen wäre die Feststellung, ob bei gewissen Preisaufschlägen eine zusätzliche Margenerhöhung anzunehmen ist, die sich nachweisbare Kostenerhöhung zu Nutze macht, «um ein mehreres, als gerechtfertigt wäre, auf die Preise zu schlagen».

So sehr man die Besorgnis der gewerkschaftlichen Kreise in bezug auf die Preisentwicklung zu teilen vermag, so wird man doch gegen die geplante Art des Vorgehens gewisse Bedenken zu äußern haben. Der Vorschlag geht unverhüllt dahin, in jenen Bezirken, wo die staatliche Preiskontrolle nicht wirksam ist, eine private Kontrolle einsetzen zu lassen. Nun ist die staatliche Preiskontrolle nach dem Inhalt des in Kraft stehenden Verfassungszusatzes beschränkt. Zwar erstreckt sie sich nicht nur auf die Miet- und Pachtzinse und auf diejenigen Waren, deren Preisbildung durch staatliche Schutzmaßnahmen beeinflußt wird. In der Durchführungsverordnung ist festgelegt, daß der Bund das Recht haben soll, angesichts der unsicheren Weltlage eintretende Veränderungen im Preisgefüge, also eine ungerechtfertigte Teuerung, auch künftig mit geeigneten Maßnahmen zu bekämpfen. Diese staatliche Preisüberwachung ist offensichtlich auf die Fälle beschränkt, wo infolge der internationalen Verhältnisse Schwierigkeiten in der Landesversorgung eintreten würden. Für alle anderen Fälle der Teuerung hat der Staat indessen nach der Fassung der Verordnung kein Eingriffsrecht.

Hier möchte nun offenbar die Initiative von gewerkschaftlicher Seite einsetzen. Sie hätte die Aufgabe, eine Kontrolle der freien Preisbildung einzuführen. Insbesondere sollen die verrechneten Margen beobachtet und gegebenenfalls zur Anzeige — wohl bei der Gewerkschaft selbst — gebracht werden. Das aber wäre nun eine rein interessenbedingte und einseitige Kosten- und Verdienstkontrolle durch eine private Stelle. Eine solche Kontrolle widerspricht den Grundsätzen der freien Wirtschaft, wo der Preis einer Ware oder einer Dienstleistung durch die Bedingungen von Angebot und Nach-

frage bestimmt wird. Eine private Preiskontrolle, die gewissermaßen den Ersatz für die nichtbestehende staatliche Preiskontrolle bilden sollte, ist abzulehnen. Ein solches Vorgehen wäre ohne Zweifel willkürlich und würde zu einem ausgedehnten Denunziantentum führen, das im Grunde niemand wünschen kann. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß vielleicht der totalitäre Staat in gewissen Fällen solche Arten der Selbsthilfe einer Volksgruppe kennen mag, daß sie aber in einer freiheitlichen Staatsordnung unzulässig sind, weil nicht einzelne Volksteile andere Gruppen einer Kontrolle zu unterwerfen haben.

Bericht aus Washington

Nachdem die Botschaft Eisenhowers über die gegenwärtige Lage des Landes (State of the Union) und das Budget dem Kongreß vorgelegt worden sind, besteht die Möglichkeit, das Programm der Regierung genau zu umreißen und die diesbezügliche Reaktion abzuschätzen. Dabei kann man der Schlußfolgerung nicht ausweichen, daß Eisenhower, der heute schon mehr Angriffen ausgesetzt ist als je zuvor, ein unbequemes Jahr bevorsteht, dessen Höhepunkt die Kongreßwahlen im November bilden werden.

Es ist wahr, daß die sowjetischen Sputniks eine politische Umkehr zur Folge hatten. Die fortwährend herabgesetzten Ausgaben für die Verteidigung werden im nächsten Fiskaljahr um etwa eine Milliarde Dollar erhöht. Die Pläne für die Entwicklung neuer Geschosse, einschließlich Abschußrampen, und neue Atomunterseeboote, die vom Meer aus Raketengeschosse abfeuern können, werden beschleunigt. Im Verteidigungsministerium wird eine besondere Abteilung gebildet, mit der Aufgabe, die Pläne zur Eroberung des Weltraums zu überwachen. Auch sollen größere Anstrengungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung gemacht werden. Die Regierung bemüht sich ferner, die Hilfe an ausländische Staaten möglichst hoch zu bemessen.

Auch wird man bestrebt sein, die militärische Organisation so zu gestalten, daß sie reibungslos funktioniert. Es bestehen keine Schwierigkeiten im Armeekommando, dagegen hat die militärische Verwaltung in Washington, welche die Entscheidungen zu treffen hat, nicht zufriedenstellend gearbeitet. Armee, Marine und Luftwaffe haben sich gegenseitig in sehr weitgehendem Maße um den Besitz der neuen Waffen gestritten. Die meisten Kenner sind der Ansicht, daß die Vorteile, welche dieser Wettkampf vielleicht mit sich gebracht, durch die erfolgte Zeitvergeudung mehr als aufgehoben wurden.

Wieviel genügt?

Man fragt sich, ob das Regierungsprogramm wirklich genügt. Sehr viele Leute innerhalb und außerhalb der Regierung sind der Ansicht, es sei ungenügend. Militärische und zivile Fachleute haben bezeugt, daß die Arbeit zur Entwicklung neuer Waffen (besonders Geschosse) mehr beschleunigt werden könnte als vorgesehen ist. Auch wird stark kritisiert, daß die geplante Intensivierung bis zu einem gewissen Grad auf Kosten der überlieferten militärischen Kräfte gehe.

Die Zahl der unter den Fahnen stehenden Truppen, die seit 1953 stets abgenommen

hat, soll nochmals reduziert werden. Die Marine wird weniger Schiffe zur Verfügung haben, die Armee verliert eine Division und die Luftwaffe wird, in Erwartung neuer Raketengeschosse, verschiedene Geschwader einbüßen, einschließlich eines Bombergeschwaders für den strategischen Einsatz. Man glaubt vielerorts, daß ein begrenzter Krieg im Bereich der Möglichkeit liege; er sei in naher Zukunft eher denkbar als ein weltumspannender Atomkrieg. Die USA sollten deshalb auch gegen eine Bedrohung dieser Art gerüstet bleiben. In der Tat wird von verschiedenen Seiten ein erheblicher Druck auf die Regierung ausgeübt, die Bereitschaft für diese Art von Konflikten zu erhöhen.

Um größere Mittel für Verteidigungszwecke zur Verfügung zu haben, werden die Zuwendungen an die Gewässerregulierung, den Schulhausbau und die Hilfe an die Landwirtschaft gekürzt. Es wird in weiten Kreisen nicht verstanden, daß die Regierung die Krise im öffentlichen Erziehungswesen offenbar nicht erfaßt hat und keine Maßnahmen ergreift, um sie zu bekämpfen.

Auf Initiative der Brüder Rockefeller hat eine Gruppe angesehenen Bürger einen Bericht veröffentlicht, der die Erhöhung des Verteidigungsbudgets im Ausmaß von über 50 Milliarden Dollar empfiehlt. Das Regierungsprogramm sieht eine Erhöhung auf 40 Milliarden vor.

Andererseits muß aber auch festgehalten werden, daß durchaus ernste und gewissenhafte Männer, die im Besitz aller nötigen Unterlagen und Schätzungen des Nachrichtendienstes sind, zur wohlüberlegten Auffassung gelangt sind, daß die Vorschläge der Regierung durchaus genügen und den Umständen voll Rechnung tragen. Diese Beamten versuchen nicht, die russischen Leistungen herabzusetzen, glauben aber, daß sich die Öffentlichkeit im In- und Ausland zu sehr in Schrecken jagen ließ und die Lage als viel schlimmer betrachtet als sie wirklich ist.

Gleichgewicht der Kräfte — jetzt und später

Man hört dauernd die Behauptung, daß die USA, zusammen mit ihren Verbündeten, heute die Macht besitzen, Rußland völlig zu verwüsten, wenn der Kreml einen Angriff auslösen sollte. Während man zugibt, daß die Sowjetunion rasche Fortschritte macht, behaupten viele Beamte, das amerikanische Programm zur Entwicklung neuer Geschosse verspreche rechtzeitig jene Waffen zu liefern, die den hinter dem Eisernen Vorhang hergestellten ebenbürtig seien.

Die russischen Erdsatelliten und die Demonstration der militärischen Macht in Moskau im vergangenen November machen es den Befürwortern dieser defensiven Haltung nicht leicht, ihre Auffassung vor dem amerikanischen Volk zu verfechten, ebensowenig vor vielen Verbündeten der USA. Weitherum hegt man die Befürchtung, daß sich das heute für Amerika noch günstige Kräfteverhältnis zugunsten der kommunistischen Welt verschieben werde, wenn nicht sofort kühne und einfallsreiche Pläne gemacht und verwirklicht werden.

Nation und Kongreß sind schon seit Wochen für solche Pläne bereit, aber die Regierung hat noch keinen vorgelegt. Es scheint vielen Beobachtern, der Präsident hätte im Interesse der nationalen Sicherheit und Haltung und seiner eigenen politischen Chancen klüger gehandelt, wenn er in seinen Vorschlägen mehr Kühnheit gezeigt hätte. Man greift ihn jetzt schon an, weil er zu wenig weit gegangen ist, und wahrscheinlich wird der Kongreß in der Abstimmung mehr beschließen als Eisenhower verlangt hat.

Infolge des wirtschaftlichen Rückgangs in den USA wird die Lage noch verwickelter. Die Produktion geht zurück und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Man hofft allerdings, dies seien nur zeitlich begrenzte Erscheinungen, bedingt durch die Anpassung der Wirtschaft, und eine neue Aufwärtsbewegung etwa um die Mitte des Jahres einsetzen werde. Sichereres kann darüber nicht gesagt werden. Doch sollte die nun einsetzende Flut von Waffen- und Munitionsbestellungen die Wirtschaft neu beleben.

Kurzsichtigkeit im Kongreß

Die nächsten paar Monate werden wahrscheinlich zeigen, daß, wenn schon die Administration im Hinblick auf das, was getan werden sollte, kurzfristig ist, es nicht weniger wahr ist, daß der Kongreß auf gewissen wichtigen Gebieten für das gleiche Leiden anfällig ist. Zunächst sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß der Kongreß die vom Präsidenten geforderten hohen Summen für die Auslandhilfe nicht ohne weiteres schlucken wird. Es ist noch nie leicht gewesen, hierfür die Zuteilung zu erhalten. Dieses Jahr scheinen die Schwierigkeiten noch bedeutend größer zu sein. Zweitens scheint es wahrscheinlich, daß der Kongreß, von den neueren Waffen völlig in Anspruch genommen, über das Grundproblem der staatlichen Erziehung leicht hinweggehen wird. Der Präsident hat ein Vierjahresprogramm vorgelegt, das 1 Milliarde Dollar kosten soll. Viele Erzieher glauben, es bleibe weit hinter dem zurück, was absolut nötig wäre. Die Regierung hat keine Pläne zur Bekämpfung des unvorstellbaren Mangels an Schulräumen im ganzen Land.

Die diesjährigen entscheidenden Debatten werden unglücklicherweise in einer Atmosphäre des intensivsten politischen Manövrierens stattfinden. Das ganze Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats werden im November neu bestellt. Gegenwärtig künden die Vorhersagen eine beträchtliche Zunahme der demokratischen Mehrheiten an. Es werden aber noch viele Monate harter Kämpfe dem Ereignis vorangehen.

Die Regierung wird nicht nur wegen der Unzulänglichkeit ihrer Pläne zur Verteidigung, zur Förderung der Wissenschaft und der Bildung angegriffen, sondern auch deshalb, weil ihr Vorgehen auf dem Boden der Diplomatie zur Kritik herausfordert. Staatssekretär Dulles ist im Inland fast so häufig Zielscheibe von Attacken wie im Ausland, und obwohl er vom Präsidenten stark gestützt wird, nimmt man allgemein an, es werde im Laufe dieses Jahres eine Änderung eintreten.

Die amerikanische Außenpolitik ist der gleichen Kritik unterworfen wie die Verteidigungspolitik: fehlende Wendigkeit und Phantasie. Man hört in Washington häufig die Ansicht, daß in der Abrüstungsfrage weitere Fortschritte durchaus möglich seien und Verhandlungen auf höchster Ebene mit den Sowjetführern wenigstens versucht werden sollten. Es wird behauptet, die USA und die freie Welt könnten es sich nicht leisten, abseits zu stehen und dadurch den Kommunisten die Vorteile einer großaufgezogenen Propaganda zu überlassen, besonders im Hinblick auf die sogenannten neutralen Nationen. Ob sie will oder nicht, wird die Regierung wahrscheinlich dem Drängen nachgeben müssen und einen frischen Versuch unternehmen, mit den Russen zu verhandeln.

Ein Faktor, der bei allen Problemen der Regierung spürbar ist und alle mit Sorge erfüllt, ist der Gesundheitszustand des Präsidenten. Es wird täglich offensichtlicher, daß die verschiedenen Krankheiten seine Kräfte unterminiert haben; und doch hätte er gerade jetzt eine gute Gesundheit am nötigsten. Er scheint sich mehr und mehr auf eine kleine Gruppe von Beratern des Weißen Hauses zu verlassen, was zu Klagen über die «Regierung der Palastwache» Anlaß gibt. Die Unstimmigkeiten und Rivalitäten, die zwischen diesen Ratgebern des Präsidenten und den Kongreßführern bestehen, erschweren natürlich eine vernünftige Lösung der dringenden Probleme erheblich.

Die kommenden Monate werden Störungen, Ungewißheit und Verwirrung bringen. Vielleicht ist das ein Dauerzustand in unserer Zeit, mit dem sich Washington eben abfinden muß.

Richard J. Davis

Bericht aus Italien

Der reiselustige Präsident

Staatspräsident Gronchi macht von der allgemein gesteigerten Reisefreudigkeit der Italiener keine Ausnahme. Während seine Vorgänger De Nicola und Einaudi während ihrer Amtszeit die Landesgrenzen nie überschritten, zeigt der jetzige Staatschef einen betonten Hang zu Auslandsreisen. Der letztjährigen Tournée in Nordamerika folgten im September und November des verflossenen Jahres die offiziellen Besuche in Teheran und Ankara, die innerhalb und außerhalb Italiens beträchtliches Aufsehen hervorriefen. Vor allem der Abstecher nach Persien, der zeitlich mit der Nichtbeteiligung der italienischen Flotte an den Nato-Herbstmanövern im Mittelmeer zusammenfiel, wurde Italien von den übrigen Atlantikpaktpartnern übel vermerkt, sahen doch vor allem Washington, London und Paris darin einen Versuch Roms, sich auf ihre Kosten im Nahen Osten, wo westliche Solidarität mehr denn je geboten ist, vermehrte Sympathie und Einfluß zu verschaffen. Ganz besonderer Kritik wurde in diesem Zusammenhang das italienisch-iranische Ölabkommen unterzogen, was auch durchaus begreiflich ist. Eindringlinge in Reservate sind nie geschätzt, ganz besonders nicht, wenn sie, wie in diesem Falle, traditionelle Spielregeln abändern. Die Neuheit im Vertrag mit Persien besteht übrigens nicht, wie fälschlicherweise geschrieben wurde, in der Erhöhung der Royalties von 50% auf 75%, sondern in der Schaffung einer gemischt persisch-italienischen Ölausbeutungsgesellschaft, woran jede Seite zur Hälfte beteiligt ist. Unter Aufrechterhaltung der Halbpартteilung des Reingewinnes zwischen der Gesellschaft und dem persischen Staat kommen aus diesem Grunde der iranischen Seite 75% zu. Die Kapitalarmut Italiens dürfte übrigens Großaktionen im mittelöstlichen Ölsektor verunmöglichen, um so mehr als es sich Italien nicht leisten kann, die Gunst Washingtons aufs Spiel zu setzen. So wichtig für Rom auch die Devisenersparnis ist, die aus vermehrter Zufuhr von «eigenem» Erdöl aus dem Nahen Osten resultiert, so kann Italien sich keine Extrapolitik in diesem spannungsreichen Gebiete leisten. Wenn zweifelsohne Außenminister Pella Staatschef Gronchi und Enrico Mattei, dem äußerst rührigen Präsidenten des staatlichen Ölkonzerns ENI, bedeutend näher steht als sein Amtsvorgänger Martino, so ist doch gewiß, daß dieser klardenkende Norditaliener die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Landes genau kennt und keine Entfremdung mit seinen wichtigsten NATO-Partnern riskiert.

Wenn die Reise nach Teheran trotzdem da und dort als Extratour interpretiert werden konnte, um sich die Gunst der arabischen Mittelmeeranrainer zu sichern, so kann dem Besuche Ankaras unmöglich eine solche Deutung gegeben werden. Die Türkei als einer der Hauptpfeiler des Bagdadpaktes und damit latenter Gegner der sowjetfreundlichen Länder Ägypten und Syrien dürfte gegenwärtig kaum als Sprungbrett in die arabischen Herzen in Frage kommen. Man wird deshalb gut tun, diese Nahostreisen italienischer Staatsmänner als das zu betrachten, was sie im Grunde sind: berechtigter Ausdruck vermehrter politischer und wirtschaftlicher Interessennahme in einem Gebiete, das seit Jahrhunderten zur Einflußsphäre Italiens gehört (man denke bloß an die Rolle, die Venedig während der Renaissancezeit im Nahen Osten spielte!). Italiens zunehmende Konsolidierung und der glückliche Umstand, nicht mehr als Kolonialmacht zu gelten, prädestinieren es zur Brücke zwischen West und Nahost.

Daß man in Rom nach wie vor zum Atlantikpakt steht, hat die Stellungnahme Italiens an der letzten Nato-Konferenz unter Eisenhower in Paris deutlich gezeigt. Man ist in den Regierungskreisen ebenso fest wie in andern Hauptstädten der Überzeugung, daß man mit den Russen nur aus einer Stärkeposition verhandeln kann und soll, und aus diesem Grunde ist man auch bereit, Abschlußrampen für Mittelstreckenraketen zu bauen, trotz dem kommunistischen Wutgeheul und dem Kleinmut weiter

Kreise, die da glauben, die Sowjets würden im Ernstfall nur mit Knallerbsen auf Italien schießen, wenn es hübsch neutral bleibe. Andererseits ist man in Rom mehr als je überzeugt, daß die NATO mehr als ein rein militärisches Defensiv-Bündnis sein soll und wünscht vor allem eine aktivere Politik im Nahen Osten auf Grund großer Investitionen. Der kurz vor der Pariser Tagung erfolgte Besuch Außenminister Pellas bei Staatssekretär Foster Dulles diente vorab der Erläuterung italienischer Desiderata in diesem Sektor. Man ist hierzulande seit Jahren der Auffassung, daß vermehrte Dynamik im Gremium der NATO dringend notwendig ist. In diesem Sinne ist der italienische «Neo-Atlantismus» zu verstehen.

Hingewiesen sei noch auf den Besuch des französischen Außenministers Pineau bei seinem Kollegen Pella anfangs Januar. Man sah hier den Sinn dieses winterlichen Abstechers vor allem darin, an Italien vermehrten Rückhalt zu finden, nachdem die Angelsachsen diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans der französischen Algerienpolitik immer weniger Sympathie abgewinnen können (oder wollen: Sahara-Erdöl!) und demzufolge auch die dringend notwendige Finanzhilfe kaum gewähren werden. Viel mehr als Worte warmer Anteilnahme wird Italien allerdings kaum geben können. Frankreich wird es aber in erster Linie darauf ankommen, mit Italien ein lateinisches Gegengewicht gegen das immer stärker werdende Deutschland in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Ironie der Weltgeschichte! Zwölf Jahre nach dem zweiten Weltkriege werden die ehemaligen Achsenpartner und großen Verlierer von ihren Besiegern umworben.

Südtirol

Am 17. November fand beim Schloß Siegmundskron bei Bozen die große, von der SVP. organisierte Protestversammlung gegen die Südtiroler Politik der italienischen Regierung statt, die ohne größere Zwischenfälle ablief. Man muß Italien zubilligen, daß es sich bei dieser Gelegenheit tolerant zeigte. Die italienische Presse vermerkt periodische Berichte aus Wien, wonach die Frage zwischen den beiden Regierungen in naher Zukunft geprüft oder zur Behandlung an die UNO weitergeleitet würde. Es läge zweifelsohne im Interesse aller Beteiligten, wenn diese leidige Frage direkt durch die Berufsdiplomaten in Rom und Wien geregelt werden könnte. Haben Italien und Österreich, hat ganz Westeuropa ein Interesse daran, vor dem Ostlager öffentlich schmutzige Wäsche zu waschen? Wir sind nach wie vor der Meinung, daß mit gutem Willen auf beiden Seiten eine deutsch-welsche Koexistenz im schönen Südtirol möglich ist, zu Nutz und Frommen ganz Europas.

Innenpolitik im Schatten der kommenden Wahlen

Es ist gewiß kein Zufall, wenn es auf dem außenpolitischen Sektor in den vergangenen Wochen ruhiger geworden ist — konzentriert sich doch das Interesse der italienischen Politiker in steigendem Maße auf die in einigen Monaten stattfindenden Neuwahlen in die Abgeordnetenkammer und möglicherweise auch in den Senat.

Bekanntlich hat Italien seit dem vergangenen Sommer eine Einparteiregierung unter dem Ministerpräsidenten Adone Zoli, die allgemein als Übergangslösung akzeptiert wurde. Obwohl sie nicht über die Mehrheit der Stimmen verfügt, hat gegenwärtig keine Seite, auch die Linke nicht, ein Interesse daran, die Regierung zu stürzen. Liberale Kreise werfen der Exekutive u. E. zwar mit Recht vor, sie treibe eine staatssozialistische Politik, doch zieht man diese Tendenz trotzdem einer neuen Regierungskrise vor.

Zur Beurteilung der Wahlaussichten tut man gut, sich einige Tatsachen vor Augen zu halten. Vor allem das Faktum, daß es dem Linksozialistenführer Nenni nicht gelungen ist (sofern er die Absicht überhaupt ernstlich je hatte!), sich vom kommunistischen Gängelband zu lösen. Selbst die ihm ideologisch am nächsten stehenden Rechts-

sozialisten unter Saragat dürften sich nun überzeugt haben — von den andern Parteien ganz zu schweigen —, daß jede Konzession an Nenni zum Zwecke seiner Rückführung ins demokratische Lager verlorene Liebesmühe ist. Der ehemalige Kampfgenosse Mussolinis weiß nur zu genau, daß er durch eine solche Schwenkung den Haupttharst seiner Parteigenossen einbüßen würde.

Ein weiteres Faktum der Ausgangslage zu den kommenden Wahlen ist die Überzeugung des christlich-demokratischen Parteisekretärs Amintore Fanfani, sich durch vollen Propagandaeinsatz seiner Partei die absolute Stimmenmehrheit verschaffen zu können, weshalb irgendwelche Rücksichtnahme auf die ehemaligen Koalitionspartner (Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) durchaus unnötig sei. Er lehnt deshalb bis heute den Gedanken einer Wahlallianz mit diesen Kleinparteien ab.

Eine vom ehemaligen General Messe projektierte Koalition der «großen Rechten», von den politisch bedeutungslosen Neofaschisten über die Monarchisten bis zu den Liberalen, wurde von den letztgenannten bereits bachab geschickt; hingegen liegt eine Wiedervereinigung der beiden monarchistischen Parteien unter Lauro und Covelli im Bereich der Möglichkeit.

An der Jahreswende veröffentlichte nun der vatikanische «Osservatore Romano» einen Leitartikel, worin ganz im Gegensatz zu den Absichten Fanfanis einer Wiedererrichtung des «quadripartito», der Vierparteienkoalition, womit De Gasperi fast ein volles Jahrzehnt erfolgreich regierte, wärmstens das Wort geredet wird. Offenbar ist man im Vatikan über die Folgen eines etwaigen Mehrheitssieges der Democrazia Cristiana anderer Auffassung als Parteisekretär Fanfani, oder man befürchtet, daß der erhoffte Sieg nicht zu erringen und eine nachträgliche Koalition im demokratischen Lager nicht mehr zu erzielen sei, was die Chancen einer Volksfrontregierung zum mindesten erhöhen würde.

Dem stets feinhörigen Vatikan kann die wachsende antiklerikale Stimmung in den bürgerlichen Kreisen nicht verborgen bleiben, die im Falle eines Wahlsieges der D. C. noch weit größere Ausmaße annehmen dürfte. Was haben wir zu gewärtigen, fragen sich einsichtsvolle Liberale in allen Parteien, wenn die Democrazia Cristiana derart stark wird, daß sie uns nicht mehr nötig hat? Der Fall des Bischofs von Prato, der ein nur zivilrechtlich getrautes Ehepaar öffentlich des Konkubinales zieht, und die der Kontrolle praktisch entzogene Milliardenwirtschaft der staatlichen oder halbstaatlichen Betriebe, vorab der IRI- und ENI-Konzerne, durch die der D.C. nahestehenden Mattei und Konsorten läßt immer weitere Kreise stutzig werden. Von der Ablehnung solcher Praktiken bis zur Gegnerschaft gegen die Kirche ist kein weiter Schritt. Es ist aus diesem Grunde gewiß, daß die vehementen Artikel des greisen Don Sturzo, des Begründers des Partito Popolare, der Vorgängerpartei der Democrazia Cristiana, gegen den sich immer weiter ausbreitenden Dirigismus und Staatssozialismus im Vatikan auf mehr Wohlwollen und Verständnis als die intolerante Philippika Fanfanis stoßen.

Kompliziert hat sich die ganze innenpolitische Lage noch durch die sogenannte Senatsreform. Da bisher die Verfassung für das Oberhaus eine sechsjährige Amtszeit vorsah, während die Abgeordnetenkammer alle fünf Jahre neu zu wählen ist, wurde von der Regierung ein Antrag eingebracht, der für beide Parlamente eine Amtsdauer von fünf Jahren vorsieht. Die Senatoren lehnten den Vorschlag ab, im Gegensatz zur Kammer, die außerdem die Zahl der vom Staatschef zu ernennenden Senatoren von fünf auf fünfzehn erhöhte und zudem bestimmte, daß inskünftig die ehemaligen Staats- und Kammerpräsidenten ex officio dem Senat angehören sollen. Angesichts dieser Divergenz ist es durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Staatschef Gronchi von seiner Kompetenz zur Kammerauflösung Gebrauch machen wird, wie sein Vorgänger Einaudi vor fünf Jahren, um dem Lande eine Senatswahl im nächsten Jahre nach der heurigen Kammerwahl zu ersparen. Wer die bedenklichen Rückwirkungen der Wahlkampagnen auf das öffentliche und Wirtschaftsleben Italiens aus Erfahrung kennt, kann nur hoffen, daß der Staatspräsident den Auflösungsbeschluß so rechtzeitig fassen wird, daß die Wahlen noch im Frühsommer durchgeführt werden können.

Besonders gespannt ist man auf die Wahlresultate in Neapel. Wird es auch nach dem mittlerweile erfolgten Rücktritt des Reeders Lauro eine monarchistische Hochburg bleiben, nachdem nun ein städtisches Defizit von der Kleinigkeit von ca. 230 Millionen Schweizerfranken an den Tag gekommen ist? Die Begleitumstände haben z. T. orientalischen Charakter!

Wirtschaftlicher Fortschritt

Während sich in Amerika und z. T. auch schon in Europa die Zeichen einer Konjunkturverflachung Woche um Woche mehren, hat sich die wirtschaftliche und damit auch finanzielle Lage Italiens in den letzten Monaten weiter konsolidiert. Der *Industrieproduktionsindex* lag weiterhin ca. 8% über dem Vorjahrsniveau; die *Landwirtschaft* sieht auf ein recht gutes Jahr zurück. Die Getreide-, Wein- und Ölerträge haben die Erwartungen wesentlich übertroffen, vor allem letztere.

Die *Arbeitslosenzahl* ist in den letzten Monaten um ca. 200 000 Personen zurückgegangen, was um so beachtlicher ist, als das «Heer der Schulentlassenen» im selben Ausmaße ebenfalls absorbiert werden konnte. Was heute noch in Italien an Arbeitslosen herum ist, vor allem im Süden, sind überwiegend ungelernte Handlanger und Feldarbeiter, die nur in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können, wenn ihnen Gelegenheit zur Erlernung eines Berufes gegeben wird. Eine dauernde Besserung der Lebensverhältnisse im «Mezzogiorno» wird weitgehend von der Lösung dieses Problems abhängen. Erst dann auch wird die innere Migration aus dem Süden nach dem Norden des Landes zum Stillstand kommen, die täglich Hunderte von Sizilianern, Kalabresen, Apuliern und Neapolitanern in die Lombardei, das Piemont, die Toskana und das Südtirol bringt, wo die Zuwanderung in den Augen der Einheimischen zur politischen «Unterwanderung» wird.

Besonders erfreulich haben sich die Handels- und Zahlungsbilanzen entwickelt. Zwar liegen die statistischen Angaben für das volle vergangene Jahr noch nicht vor, doch läßt alles darauf schließen, daß im letzten Quartal die günstigen Ziffern der drei ersten Quartale keine wesentlichen Änderungen erfahren haben, wonach sich der Import gegenüber 1956 um ca. 15%, der Export aber um volle 21% erhöht hat, so daß der Passivsaldo des Warenaustausches mit dem Ausland praktisch unverändert geblieben ist, trotz der starken Ausweitung.

Der Aktivsaldo der Zahlungsbilanz Italiens wird auf ca. 650 Mill. Schweizerfranken geschätzt, der allerdings auf Beiträge der International Cooperation Administration, auf die der italienischen Industrie erteilten «Off-Shore»-Aufträge und die reichlichen Ausgaben der amerikanischen Truppen im Gebiete von Verona zurückzuführen ist. Immerhin hätte Italien auch ohne diese Spezialeingänge seine Zahlungsbilanz beinahe ausgleichen können, was eine beachtliche Leistung darstellt. Weiterhin günstig hat sich auch der Tourismus entwickelt. Die gigantische «Autostrada del Sole» von Mailand über Bologna–Florenz–Rom nach Neapel ist in vollem Bau, so daß mit der Inbetriebnahme des nördlichen Teilstückes in 2–3 Jahren gerechnet wird (avis aux lecteurs helvétiques!).

Peregrinus

Was bedeutete das Moskauer Jugendfestival für die Diktatur Chruschtschews?

Retrospektive Gedanken über die Auswirkungen auf die junge Generation der Sowjetunion

Es ist kein aktueller Bericht. Das Ereignis, dem diese Betrachtungen gelten, ist schon ein halbes Jahr alt, denn die kommunistischen VI. Weltjugend-Festspiele fanden im letzten Sommer in Moskau statt. Und dennoch lohnt es sich, darüber eine Rückschau zu halten und dabei auf Zusammenhänge hinzuweisen, die damals in den Tagesberichten der westlichen Presse aus objektiven Gründen nicht tief genug untersucht werden konnten. Erst allmählich, als die Teilnehmer aus Moskau zurückkehrten und in den Jugendzeitschriften der Sowjetunion und der Satellitenstaaten die Erfolge und Rückschläge des Jugendtreffens gewertet wurden, vermochte man ein abschließendes Urteil über das Festival zu gewinnen.

Das Sowjetregime sparte nicht mit finanziellen Mitteln, um dem Moskauer Jugendfestival einen prunkvollen Rahmen zu geben. Wie viele Millionen Rubel die kommunistischen Circenses verschlungen hatten, weiß niemand außer den Organisatoren dieses mit sportlichen Wettkämpfen, Konzerten, Bällen und Festessen par excellence getarnten politischen Spektaculums. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die jugendlichen Moskaufahrer bei der Konsumierung der kulinarischen Genüsse der russischen und kaukasischen Küche daran dachten oder nur Bescheid wußten, daß es zur gleichen Zeit im fernen Kasachstan an elementarsten Gebrauchsgütern und Lebensmitteln fehlte. Auch in den anderen Republiken hörten in der Zeit, als die Moskwa mit Milch und Honig zu fließen schien, die Klagen über die ungenügende Versorgung der Sowjetbürger nicht auf.

Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß die jugendlichen «Friedenskämpfer» aus aller Herren Länder, die in den dazu eigens geschaffenen Kiosken und Staatsgeschäften für spottbilliges Geld goldene Ringe und Broschen kauften, an den Schweiß und die Qualen der Zwangsarbeiter in den Goldminen der fernöstlichen Konzentrationslager dachten.

Die Taktik der Organisatoren

Das sowjetrussische, totalitäre Regime hat dafür Sorge getragen, daß hinter der festlichen Fassade des Festivals die eigentlichen Probleme des Imperiums in keiner Weise sichtbar wurden. Die Diktatur zeigte sich von einer menschenfreundlichen, heiteren, der täglichen sowjetrussischen Wirklichkeit völlig nichtexistenten Seite. Die für die Sowjetpropaganda sonst immanenten Erscheinungen der Holzhammermethode mit der spezifischen unerträglichen Aufdringlichkeit mußten in der Zeit der Festspiele einer feineren, auf das fremdländische Ohr und Auge zugeschnittenen Mechanik der Beeinflussung weichen. An Stelle der überdimensionalen Pappköpfe, der roten Fahnen und Spruchbänder, der klassenkämpferischen Parolen traten die farbenprächtigen Tanz- und Sportvorführungen und die Lichteffekte der nächtlichen Illuminationen und Feuerwerke. Die Drahtzieher der Moskauer «Weltjugend-Festspiele» hatten sich eine doppelte Aufgabe gestellt: die ausländischen Teilnehmer sollten den Eindruck gewinnen, daß die Sowjetunion, entgegen allen bösen Verleumdungen, ein Zentrum der pulsierenden Friedensbemühungen bilde, dem jegliche aggressiven Pläne wesensfremd seien. Die sowjetische Jugend sollte sich davon überzeugen, daß die Sowjetführung und ihre Taktik der friedlichen Koexistenz eine allgemeine Anerkennung in den Kreisen der ausländischen Jugend aus Ost und West finde.

Der Erfolg bei der Bandung-Gruppe

Die mit dem Festival verbundenen Erwartungen der Sowjets konnten nur teilweise realisiert werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Pilgerfahrt nach Moskau die Zahl der schwankenden oder gar sowjetophilen Elemente unter der Jugend des Westens vergrößert hat; es wird in der nächsten Zukunft an verschiedenen Versuchen nicht fehlen, die Abwehrkraft der antikommunistisch und antitotalitär gesinnten Jugendlichen zu schwächen. Man wird die russische Gefahr und die Schuld des Moskauer Imperialismus an den in Ungarn begangenen Verbrechen zu bagatellisieren suchen. Aber dieser Nutzen, den die Sowjetpolitik und -propaganda aus dem Festival ziehen wird, scheint unvergleichlich gering zu dem Erfolg innerhalb der jungen Generation der asiatisch-arabischen Welt zu sein. Das antiwestliche und genau so das antiisraelische Gift, das man dem Trunk der «unpolitischen» Massenerlebnisse kräftig beimischte, wurde von den jungen Menschen aus Asien und Afrika mit einer tiefen Dankbarkeit für die sowjetrussischen Giftmischer eingenommen. Das wird den Einfluß Sowjetrußlands in der chronisch krankhaften Zone der Weltpolitik verstärken und die in das Festival investierten hohen Rubelsummen voll amortisieren.

Ein Kapitel für sich stellt die Teilnahme der Delegationen aus den arabischen Ländern dar. Es gibt genug Beweise dafür, daß die Sowjets die Araber nicht nur nach allen Regeln der kommunistischen Beeinflussungskunst gegen den Westen aufstachelten, sondern daß sie, ungeachtet der Maske eines unparteiischen Gastgebers, die während des Festivals aufgetretenen Spannungen zwischen den jungen Arabern und Israelis schürten. Sie haben nichts unternommen, um die Ägypter von ihrer ablehnenden Haltung zu den Vorschlägen der Delegation Israels abzubringen, ein gemeinsames Treffen zu veranstalten. Sie ließen die arabischen Nationalisten Informationsmaterial mit Landkarten verteilen, auf denen der größte Teil des israelischen Territoriums als arabischer Boden bezeichnet war; den Israelis dagegen wurde keine Möglichkeit gegeben, die an sich harmlosen Betrachtungen über die Arbeit der «Kibutzten» zu popularisieren. Auch die ungeheuren Angriffe, die der Delegierte Syriens, Seigar, auf dem im Anschluß an das Moskauer Festival in Kiew abgehaltenen 4. Kongreß des kommunistischen Weltjugendbundes gegen die Politik Israels erhob, fanden eine schweigende Zustimmung der sowjetrussischen Gastgeber, obwohl viele Teilnehmer gegen die groben Ausfälle Syriens protestiert hatten.

Die polnische Aktivität

Es waren nicht die westlichen Festivalpilger, sondern die polnischen Jugendlichen, die den Organisatoren der Festspiele den größten Kummer bereiteten. Die meisten westlichen Teilnehmer — von den Delegierten aus den Vollsatellitenländern zu schweigen —, insbesondere Franzosen, Italiener und Schweizer, spielten die Rolle der Werkzeuge der Sowjetpropaganda. Ausnahmen bildeten einige Amerikaner, die den Ungarn-Bericht der Vereinigten Nationen kolportierten, ferner eine Handvoll Engländer, wie z. B. Cooper, der bei einem Journalistentreffen die Beschuldigungen des Chefredaktors der «Komsomolskaja Prawda» gegen die westliche Presse mit dem Hinweis auf das Niveau der sowjetrussischen Zeitungen ablehnte. Auch ein paar Skandinavier hatten in den öffentlichen Debatten über die ungarische Freiheitsrevolution für Moskau peinliche Ansichten geäußert. Aber es waren doch nur wenige Ausnahmen unter den sonst vorherrschenden westlichen Apologeten des sowjetrussischen Zwangssystems oder innerhalb der ahnungslosen Bewunderer des Moskauer Schauspiels.

Nur bei den polnischen Teilnehmern konnte man einen politischen Willen und eine gut synchronisierte praktische Arbeit feststellen, die sicherlich den Intentionen der Organisatoren des Festivals nicht entsprach. Ob die polnische Delegation sich genau an die Richtlinien der Gomulka-Partei hielt oder — was viel wahrscheinlicher ist — weit über das abgesteckte Ziel hinausschoß, mag von sekundärer Bedeutung sein. We-

sentlich für die Beurteilung des Festivals ist jedoch die unbestreitbare Tatsache, daß die polnischen Moskaufahrer eine für die Jugendpolitik des Sowjetregimes höchst gefährliche Aktivität entfaltet hatten. Entgegen den Wünschen der Gastgeber, die alle heiklen Fragen in dem bunten Propagandatreiben des Festivals versinken lassen wollten, haben die Polen gerade die diffizilen Probleme sehr zum Unbehagen der Sowjetrussen am Schopf gepackt.

So haben die polnischen Studenten eine satirische Bühne der Danziger Universität mitgebracht, die zum Entsetzen der sowjetrussischen Parteifunktionäre ein künstlerisch hervorragendes und zugleich politisch unzweideutiges Programm mit einer scharfen Kritik der sowjetrussischen Zustände präsentierte. Zwar hat eine Moskauer Zeitung daraufhin bittere Klagen erhoben. Aber die Studenten aus Danzig mußten auf allgemeines Verlangen seitens der Moskauer Bevölkerung ihr Programm mehrmals wiederholen.

Mit einer ungeheuren Wucht prallten auf einer öffentlichen Tagung die diametral entgegengesetzten Meinungen der sowjetrussischen und der polnischen Schriftsteller zusammen. Während der Generalsekretär des sowjetrussischen Schriftstellerverbandes, Surkow, den polnischen Literaten den Vorwurf machte, sie versuchten systematisch die Sowjetliteratur zu diskreditieren und kategorisch erklärte, die Sowjetautoren seien nur dann zur Wiederaufnahme der Kontakte mit ihren polnischen Kollegen bereit, wenn diese ihre Behauptungen zurückziehen würden, wonach das sowjetrussische literarische Schaffen seit dem Jahre 1934 ein Friedhof sei, stellten sich die polnischen Diskutanten Teplitz und Broszkiewicz auf einen ganz anderen Standpunkt. Sie hielten Surkow entgegen, daß man endlich mit dem Servilismus und mit den Komplimenten an die sowjetrussische Literatur aufhören müsse, weil das überhaupt kein literarisches Kriterium sei.

Viel Staub scheint eine Diskussion aufgewirbelt zu haben, die eine polnische Arbeiterdelegation im Rahmen des Festivals mit den Belegschaften der Moskauer Fabriken führte. Nach Berichten der polnischen Presse hat einer der maßgeblichen Organisatoren des Oktoberumschwungs in Polen, der junge Parteisekretär aus der Warschauer Automobilfabrik Gozdzik, den Moskauer Arbeitern in aller Ausführlichkeit die Oktoberereignisse und die seither vorgenommenen Reformen des Gomulka-Regimes geschildert. Ähnliche, vom sowjetrussischen Standpunkt aus gesehen drastische Vorgänge wiederholten sich bei den philosophischen Disputen auf der Moskauer Universität während des Zusammentreffens der Festivalteilnehmer mit dem Schriftsteller Ilja Ehrenburg. Die Polen haben sich offensichtlich auf die unmittelbaren Kontakte mit der sowjetischen Jugend und auf die geistig-politischen Diskussionen konzentriert, dagegen die von der sowjetrussischen offiziellen Propaganda in den Vordergrund gestellten spektakulären Anlässe kurzerhand beiseite geschoben.

Zwischen Utopie und Wirklichkeit

Dabei muß vorausgestellt werden, daß alle diese Tatsachen und Vorgänge von den polnischen Informationsquellen mitgeteilt wurden. Ein umfangreicher Stab der Pressekorrespondenten der verschiedenen Blätter, in erster Linie der Tageszeitung für die junge Generation «Sztandar Mlodych» (Banner der Jugendlichen) war sichtlich bemüht, die Tätigkeit der polnischen Delegation auf dem Jugendfestival in optimistischen Farben zu schildern.

Natürlich hatten die jungen Polen an diesen starken Engagements ein greifbares Interesse; sie wollten durch die unmittelbaren Kontakte mit der jungen Generation der Völker der Sowjetunion das von der offiziellen Sowjetpropaganda bewußt entstellte Bild über die Entwicklung in dem westlichen Nachbarland korrigieren. Dies könnte als ein Nahziel der polnischen Aktion auf dem Festival bezeichnet werden. Aber darüber hinaus dürften die Ideen der polnischen Jugend viel weiter und universeller aufgefaßt

worden sein. Denn wenn man diesen Vorgängen tiefer nachgeht, kommt man dem Gedanken nahe, daß ein Teil der polnischen Jugend von einer Art Messianismus beseelt ist. Das ist keineswegs eine neue geistespolitische Strömung; vielmehr handelt es sich um eine den neuen politischen und soziologischen Verhältnissen angepaßte Überlieferung der Geschichte der polnischen Beziehungen mit der östlichen Umwelt. Wie in der Zeit der großen nationalen Aufstände glauben viele Polen mit den Ideen eines «menschlichen Sozialismus» eine welthistorische Rolle im osteuropäischen Raum erfüllen zu können. Deshalb müssen die optimistischen polnischen Berichte über das Festival in Moskau im Lichte dieser kühnen Bestrebungen kritisch beurteilt werden. Hier stößt die erhabene Utopie mit der rauhen Wirklichkeit zusammen. Den zweifellos edlen idealistischen Vorstellungen eines Teiles der polnischen Jugend stehen die viel stärkeren antirussischen Kräfte innerhalb der jungen Generation des Landes im Wege. Außerdem müssen auch die sehr heterogenen Kräfte in der sowjetischen Jugend berücksichtigt werden; die Polen neigen wahrscheinlich dazu, die Begeisterung eines Teiles der sowjetischen Jugend an dem polnischen Oktober-Experiment zu überwerten. Aber wie es immer in der Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen der Fall war, dürfte es auch jetzt neben den polonophylen Kreisen nicht an chauvinistischen Kräften fehlen, die in den polnischen Bestrebungen eine Aktion sehen, die den Interessen des russisch-bolschewistischen Imperiums zuwiderläuft und deshalb rigoros bekämpft werden muß.

Wie tief ist die Krise in der Sowjetjugend?

Das Moskauer Festival hat neben der bereits im Laufe des letzten Herbstes und Winters offenkundig gewordenen Unzufriedenheit eines Teiles der sowjetrussischen Jugend neue Indizien für derartige Krisenerscheinungen sichtbar gemacht. Viele Moskauer und Leningrader Studenten haben in internen Gesprächen mit den Polen Äußerungen getan, die trotz der Zensurstriche in ihrer Deutlichkeit unmißverständlich sind. Igor, Sohn eines alten kommunistischen Parteiveteranen aus dem Jahre 1917, erklärte in einem Gespräch: «Die Situation ist gekünstelt, aber das eben darf nicht geäußert werden. Ich habe mich selbst in Widersprüche verwickelt. Ich begann die Menschen nicht auszustehen. Ich kann dieses unentwegte Gerede, Ihr dürft keine Politik ‚machen‘ einfach nicht vertragen.» Und der gleiche Sowjetrusse fragte seine polnischen Gesprächspartner: «Herrschten bei Euch auch ähnliche Stimmungen? Sucht Ihr einen Ausgang aus dem Dilemma?»

Pjotr, Student an der Kunstakademie, will sich damit nicht abfinden, daß die Physiker das Atom spalten dürfen, aber den Malern wird das Suchen nach neuen Ausdrucksformen nicht gestattet. «Jeden Tag Mahnungen, jeden Tag Zurechtweisungen. Du führst den Pinsel schlecht. Die richtige Handhabung des Pinsels ist eine politische Aktion.» Für den jungen Maler ist dies unausstehlich und er erklärt: «Ich muß malen, mag es auch nur für mich allein sein. Ich hasse das Kopieren. Die Monotonie langweilt mich und ich ziehe ihr diese Unruhe, dieses dumpfe Gefühl der Ausweglosigkeit, das Bewußtsein, daß ich nicht auf viel rechnen kann, vor. Suchen, suchen und nichts wiederholen, denn in den Wiederholungen steckt die Niederlage. Man kann nicht die Hand in das gleiche Wasser des fließenden Flusses eintauchen.»

Auch bei den Komsomolzen, der verheißungsvollen Garde des Diktaturregimes, scheint die allgemeine Krise Fortschritte gemacht zu haben. Charakteristisch dafür ist nach Ansicht der polnischen Jugendpresse ein Gespräch mit den Vertretern des konformistischen Teiles der Jungkommunisten Rußlands. Semjon, ein Vorarbeiter in einer russischen Automobilfabrik, verurteilt voll Entrüstung die Begeisterung der sowjetischen Jugend für die Ausländer: «Manche verlieren das Maß. Man muß die Würde des Sowjetmenschen bewahren. Wir haben auf einer Versammlung die Fälle der Bewunderung der Ausländer, als ob diese etwas Besonderes seien, verurteilt.» Aber der gleiche Semjon gesteht im Gespräch, daß ihm «verschiedene unnötige Gedanken durch den

Kopf gehen... Irgend etwas stimmt da nicht, es fehlt an irgend etwas... Vielleicht sind es die Zweifel. Die Menschen müßten große Ziele vor Augen haben und danach unentwegt streben. — Und ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich empfinde sogar keine Notwendigkeit dazu».

Nachspiel des Festivals

Die Berührung der breiten Kreise der Sowjetjugend mit den Ausländern, mit ihren Gedanken, Geschmäckern und Gebräuchen, hat das Sowjetregime zu einer sofortigen Gegenoffensive veranlaßt. Kaum waren die Abgesandten des Auslandes aus dem Straßenbild Moskaus verschwunden, schon meldete der Leiter des Komsomolz — der Organisation der Jungkommunisten Sowjetrußlands — sein Veto gegen die Beeinflussung der jungen Generation der Sowjetunion durch das Ausland. In der Zeitung «Komsomolzkaja Prawda», dem Sprachrohr der Leitung des Verbandes der Jungkommunisten, erschien am 17. August 1957 ein ernster Appell des Vorsitzenden dieser Organisation, Schelepin, an die sowjetischen Jugendlichen, sie müßten sich auf den «Stolz des großen Vaterlandes» besinnen und die fremden Strömungen, die während des Festivals in das Land der Sowjets kamen, von sich weisen. Allen Komsomolinstanzen wurde die Pflicht auferlegt, einen Kampf gegen die fremden ideologischen Einflüsse, die fremde Moral und die fremden Gebräuche zu eröffnen. Seither sieht sich die junge Generation der Sowjetunion einem verstärkten Druck des Regimes ausgeliefert. Auf allen Parteikonferenzen der Institutionen, die in irgendeiner Weise mit den Jugendlichen zu tun haben, taucht immer wieder die Forderung nach einer Gleichschaltung der sowjetrussischen Jugend auf. Besonders vehement tritt diese Erscheinung auf den sowjetischen Universitäten auf, von wo man natürlicherweise die Hauptgefahr auftauchen sieht. Diesem Vorhaben dienen auch die jetzt anlaufenden Provinztagungen aller Instanzen des Verbandes der Jungkommunisten, die am 15. April 1958 in dem 13. Kongreß des Komsomols aus der ganzen Sowjetunion in Moskau münden werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die vornehmliche Aufgabe dieses Kongresses darin besteht, der Rebellion der jungen Seelen des Sowjetreiches ein kräftiges «Nein» des Chruschtschew-Regimes entgegenzuschleudern und die junge Generation in das ruhig fließende Flußbett des Konformismus des totalitären Systems zurückzudrängen. Nach außen hin wird das ohne weiteres mit einem Erfolg enden. Aber in Wirklichkeit wird der Bazillus des Zweifels, der Kritik und des Drängens nach der heißersehnten Freiheit unter der Oberfläche der zur Schau getragenen konformistischen Äußerungen weiter um sich greifen.

Alexander Korab